

Kautsky und Sisyphus - über die Reformfähigkeit der Gewerkschaften

Prof. Dr. Klaus Tenfelde, geb. 1944, Bergmann, Studium der Soziologie, Geschichte und Germanistik in Münster und am Hamilton College/USA, lehrt an der Universität Bielefeld.

I.

Karl Kautsky, in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges der führende Parteitheoretiker der Sozialdemokratie, veröffentlichte im Jahre 1909 eine Streitschrift unter dem Titel „Der Weg zur Macht“. Die erste Auflage wurde vom Vorwärts-Verlag gedruckt, kam aber nur in ein paar Exemplaren zur Auslieferung, denn die Parteiführung untersagte die weitere Verbreitung. Das löste zwischen den Gegnern der Broschüre und denjenigen, die die Veröffentlichung wünschten, einen erbitterten Konflikt aus. August Bebel sah in der Angelegenheit eine „Eselei“; Clara Zetkin und Luise Zietz drängten so heftig auf Publikation, daß Kautsky die letztere zum „einzigsten Mann in der Parteiführung“ erklärte. Letztlich trug Kautsky einen Sieg davon, denn für eine zweite, dann gedruckte Auflage stellte er dem Text nur ein weiteres Vorwort voran, in dem er das Werk als seine persönliche Meinung bezeichnete, und fügte einige kleinere Änderungen ein.¹ Darin lag jedoch zugleich, wie ihm auch Wohlgesonnene attestierten, eine Kapitulation vor der Macht des Parteivorstands.

¹ Der faksimilierte Text der 2. Auflage von 1910 wurde von Georg Füllberth herausgegeben: Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand, Frankfurt/M. 1972 (mit einer Einleitung des Herausgebers und Briefen über den Konflikt im Anhang). Vgl. Ursula Ratz (Hrsg.), *Briefe zum Erscheinen von Karl Kautskys „Weg zur Macht“*, in: *International Review of Social History* 12 (1967), S. 432-477; Victor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky*. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954; Karl Kautsky jr. (Hrsg.), *August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky*, Assen 1971; aus der Literatur siehe besonders Ingrid Gilcher-Holtey, *Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie*, Berlin 1986, S. 222-234; zur Kautsky-Lit. u. a. Ursula Ratz, *Perspektiven über Karl Kautsky*, in: *Neue Politische Literatur* 33 (1988) S. 7-24. - Einige Gedanken des nachfolgenden Textes wurden im Rahmen des Forschungsprojekts über „European Trade Union Strategies“ am 5.11.1990 an der European University, Florenz, in englischer Sprache und in anderen inhaltlichen Zusammenhängen vorgetragen. Den Teilnehmern an der Diskussion danke ich für Hinweise.

Der Clinch der Parteioberen kam in die Parteipresse und erregte deshalb Aufsehen. Natürlich lagen die Ursachen des Konflikts in Kautskys Text. Es ging in erster Linie um Strategie und Taktik der Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen von 1907, in denen die Wahlsiegserie der Partei erstmals unterbrochen worden war. Einen Nebenkriegsschauplatz eröffnete Kautsky gegenüber den Gewerkschaften. Er behauptete, daß bis 1890 „das politische Interesse“ in der deutschen Arbeiterbewegung überwogen habe, „weil die Bedingungen der politischen Tätigkeit besser entwickelt waren und dadurch mehr erreicht werden konnte.“ Mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes habe sich die Situation geändert. „Nun war die Bahn frei für die Entwicklung der Gewerkschaften. Diese wurden noch begünstigt durch den einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung. In der Politik dagegen waren die letzten großen Interessenkämpfe zwischen den besitzenden Klassen untereinander zum Abschluß gelangt, die Sozialdemokratie wurde immer mehr zur einzigen Partei, die über die bestehenden Zustände hinaus wollte; alle anderen Parteien wurden tatsächlich konservativ, und eine allgemeine politische Stagnation trat ein.“ Der Zündstoff lag darin, daß Kautsky sich offenkundig nicht scheute, auch die Freien Gewerkschaften den Kräften solcher Stagnation zuzuordnen, trotz ihrer „staunenswerte[n] Fortschritte“: Immer mehr Hindernisse hätten sich in den letzten Jahren den Gewerkschaften in den Weg gestellt, und anders als früher dürfe man nun nicht mehr erwarten, „daß sie durch rein *gewerkschaftliche Methoden* das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärts bringen, wie es ihnen im letzten Dutzend Jahre gelang“.²

Eines der wichtigsten dieser Hindernisse sah Kautsky in der zu jener Zeit voranschreitenden Inflation, die nicht mit gewerkschaftlichen Mitteln beeinflußt werden könne. Schon deshalb gewinne die politische Aktion der Arbeiterbewegung an Gewicht. Die ökonomische Argumentation stand aber auf schwachen Füßen. In den letzten Jahren seien die Inflationsraten höher gewesen als die Zuwachsraten der Nominallöhne, weshalb das Realeinkommen der Arbeiter rückläufig sei und die relative Verelendung der Arbeiterklasse voranschreite; Marx schien erneut bewiesen. Der statistische Nachweis dieses Arguments blieb dünn, stützte sich ausgerechnet auf amerikanische Statistiken. Nach einer Aufstellung des „Labor Bureau“ in Washington über Wochenlöhne und Preise in der Zeit zwischen 1890 und 1907 hatten die Realeinkommen in den USA stagniert, so daß die Gewerkschaften nach dieser Statistik in einem wenig günstigen Licht erschienen. Ob absichtlich oder nicht, jedenfalls berücksichtigte Kautsky nicht das andere Ergebnis dieser Aufstellung, wonach im selben Zeitraum die wöchentliche Arbeitszeit erheblich verringert worden war.³

2 Zitate: Kautsky, *Weg zur Macht*, Vorrede zur zweiten Aufl., S. 8-10, Hervorhebung im Original. Auf die „ideologische“ Perspektive der Debatte gehe ich im folgenden nicht näher ein; vgl. W. I. Lenin, *Über die Gewerkschaftsbewegung 1895-1923*, Berlin 1960, mit Auszügen aus „Was tun?“, bes. S. 188 ff.

3 Vgl. Kautsky, *Der Weg zur Macht*, S. 85.

Mehr Gewicht hatte die Argumentation hinsichtlich der gewerkschaftspolitischen Strategie. Die veränderte Situation verlange, so Kautsky, neue Kampfmethoden. Wo es die Gewerkschaften mit mächtigen Unternehmerverbänden zu tun hätten, würden sie diese wohl nicht beeinträchtigen können, „aber ihre Kämpfe mit solchen Organisationen wachsen riesenhaft an, vermögen die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat zu erschüttern, Regierungen und Parlamente zu beeinflussen. [...] Streiks in Zweigen der Industrie, die von Unternehmerverbänden beherrscht werden und die für das ganze Wirtschaftsleben von Bedeutung sind, bekommen immer mehr einen *politischen* Charakter“. Zugleich nähmen die „rein politischen Kämpfe“, darunter etwa Wahlrechtskämpfe, an Bedeutung zu, so daß insgesamt „die Gewerkschaften immer mehr *politische Aufgaben*“ zu erfüllen hätten; das eben sei der „berechtigte Kern des Syndikalismus der romanischen Länder“. Solche „direkte Aktion“ der Gewerkschaften könne „nur als *Ergänzung* und *Verstärkung*, nicht als *Ersetzung* der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterparteien zweckmäßig“ sein.⁴

Kautsky favorisierte mithin Massenaktionen und nahm darin die im Anschluß an die Russische Revolution von 1905 in der deutschen Arbeiterbewegung zeitweise erregt geführte Debatte um den Massenstreik auf. Während aber die Gewerkschaften intern diese Auseinandersetzungen auf Sparflamme zu halten vermochten, war schließlich in bezug auf die Aufgaben der Gewerkschaften auf dem Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratie 1906 ein mühsamer Kompromiß geschlossen worden, der mehr bedeutete als eine formelhafte Annäherung gegensätzlicher Positionen: Die Gewerkschaften hatten mit diesem Beschluß ihre eigenständige Rolle in der Arbeiterbewegung festschreiben können. Sie waren ihren Kinderschuhen entwachsen, hatten sich von der in den frühen 1890er Jahren noch weithin geteilten Überzeugung von der Führungsrolle der Partei und von den Gewerkschaften als Schulen der Partei emanzipiert. So war es, neben anderem, dieser Punkt in Kautsky Argumentation, der unter den Revisionisten der Parteitheorie wie unter führenden Gewerkschaftern scharfen Widerspruch erregte.

II.

Die Freien Gewerkschaften reagierten rasch. In einer Artikelserie im führenden Organ der Gewerkschaftsbewegung, dem Correspondenzblatt, wurden Kautskys statistische Operationen an den Pranger gestellt. Mit einer Fülle von Material - die Aufsätze erschienen bald darauf als Broschüre unter dem kennzeichnenden Titel „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?“⁵ - ließ sich die

4 Ebd. S. 87, Hervorhebung im Original.

5 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 19. Jahrgang (1909), sowie: Sisyphusarbeit oder positive Erfolge? Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1910; im folgenden wird nach dieser Broschüre zitiert. Ein Auszug ist abgedruckt in Peter Friedemann (Hrsg.), Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, 2 Bde. FrankfurtM. etc. 1978, Bd. 2, S. 63S-647; zur Gewerkschaftsgeschichte siehe für diesen Zeitraum insbesondere Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980; im Überblick: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987.

Reallohnentwicklung in einzelnen Branchen der deutschen Industrie dokumentieren. Demnach war, so lautete das von dieser Seite wenig überraschende Hauptargument, der Erfolg der Gewerkschaftspolitik dort am größten, wo stärkere und gutorganisierte Gewerkschaftsorganisationen existierten.⁶ Kritiker der Gewerkschaftsbewegung unterstellten, darüber hinaus, irrtümlich, daß die Gewerkschaften etwa mit den Alltagserfolgen zufrieden seien und damit die „großen Ziele der Arbeiterklasse aus den Augen“ verlören: „In der Beurteilung des Kapitalismus wissen sich die Gewerkschaften durchaus einig mit der politischen Organisation des Proletariats. Darüber bestehen keine Differenzen. Heute gilt es aber, die Kämpfe um die einzelnen Etappen des langen Weges zur völligen Emanzipation der Arbeiterklasse zu führen. Dieser Kampf wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geführt, nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der Partei. Daher muß mit den heutigen Machtfaktoren gerechnet werden, nicht lediglich mit den Machtverhältnissen, die einmal sein werden.“⁷

Etwas schmerzlich, da irgendwie vertraut, berührt, wenn man zugleich als Argument lesen muß, daß „Mißverständnisse“ entstünden, weil „jene unverantwortlichen Literaten und politischen Streber“, weil „die von dem praktischen Leben losgelösten Forscher zu sehr für die Zukunft Pläne schmieden“.⁸ Kein Zweifel, die strategische Linie der Gewerkschaften wurde ganz überzeugend vertreten. Zunächst einmal, das verstand sich am ehesten, galt den Gewerkschaften nicht mehr viel, was von Marx und Engels an „unumstößliche[n] Wahrheiten“ verkündet worden war. Richtig war auch der Vorwurf, Kautsky vertraue vollständig auf die „revolutionäre Energie des Proletariats“ und vernachlässige das Kleinbürgertum und die vielen Kleinbauern, die in seiner Sicht für die Revolution verloren seien. Ginge es nach ihm, „so säßen wir also da und war[te]ten auf den großen Tag“ - „gewiß, im Glauben stark, aber es gehört doch auch dazu, daß Zeichen und Wunder geschehen, um an *diese* Art der Erfüllung des Verheißenen zu glauben“. Die Gewerkschaften waren auch realistisch genug, um den wachsenden Einfluß ihrer Gegner zu erkennen; noch „unangenehmer“ sei die Zunahme der „Gelben“. Man dürfe auch nicht schlicht „aus der sozialen Gliederung der Gesellschaft einen politischen Machtfaktor [...] konstruieren“; gegen eine „Alleinherrschaft“ des Proletariats, „wie Kautsky es uns darstellt“, sprächen auch die (offenbar unerwartet) „kräftigen Gebilde der bürgerlichen Gesellschaft auf wirtschaftlichem Gebiet“.

6 Nach neueren Forschungen zu urteilen, scheint das, bezogen auf die Zeit zwischen 1890 und 1914, für die Verkürzung der Arbeitszeit zuzutreffen, während auf dem schwierigen Feld der Lohnpolitik vermutlich kein eindeutiger Nachweis geführt werden kann. Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, Die Entwicklung der Arbeitszeit im sekundären Sektor in Deutschland 1871-1913, in: Technikgeschichte 47 (1980) S. 252-303; Hartmut Kaelble/Heinrich Volkmann, Streiks und Einkommensverteilung im späten Kaiserreich, in: Jürgen Bergmann u. a., Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest. Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1986, S. 159-198.

7 Sisyphusarbeit, S. 9.

8 Ebd. S. 102, S. 9.

Ganz entschieden wurde daneben jene Sympathie Kautskys für „direkte Aktion“ abgelehnt: „Wir danken für diese Taktik. Kommen wir erst mit Generalstreik, Sabotage und direkte[r] Aktion, dann ist der Weg zum Antiparlamentarismus mit guten Vorsätzen gepflastert“, hieß es ironisch; „planloses Herumschlagen“ und jene „Verzückung vor dem Generalstreik“ zumal in der französischen Arbeiterbewegung lagen den deutschen Gewerkschaften ganz fern. „Die gewerkschaftliche Organisation in Deutschland hat heute so kräftige Wurzeln geschlagen, daß sie sich auf keine andere Bahn locken läßt.“⁹

III.

Aus solchen Worten, und es gibt eine unendliche Fülle ähnlicher Äußerungen aus der Zeit seit der Jahrhundertwende, sprach starkes Selbstbewußtsein. Man mag daraus erklären, daß die Gewerkschaften sich so verhielten, wie sie sich verhielten; die Frage, warum in den letzten Jahren vor 1914 keine - durch Kautsky immerhin angeregte - Auseinandersetzung über angemessenere gewerkschaftspolitische Strategien unter geänderten Verhältnissen stattfand, verlangt eine tief ergehende Untersuchung. Zunächst aber zu den Erfolgen der Gewerkschaftspolitik nach dem Ende des Sozialistengesetzes und der umfassenden Reformierung des Gewerkschaftswesens aus eigener Kraft zu Beginn der 1890er Jahre:

Der Zuwachs an Mitgliedern, den die Freien Gewerkschaften insbesondere seit dem Konjunkturaufschwung der zweiten Hälfte der 1890er Jahre erfahren hatten, war tatsächlich außerordentlich beeindruckend. Das war - zunächst jedenfalls - eine ganz generelle, branchenunabhängige Entwicklung gewesen, die große Zentralverbände entstehen ließ; die Reformkräfte waren auch durchaus noch so stark, daß die Verbändestruktur — der früh nachweisbare Industrieverbandsgedanke ist bis 1914 keineswegs durchgreifend realisiert worden - hier und da Korrekturen erfahren konnte. Zum Ausbau der Gewerkschafts-„Apparate“ hatten naturgemäß die angeschwollenen Aufgaben der Mitgliederverwaltung geführt; die Gewerkschaftspresse hatte sich reich entfaltet; die Einrichtungen der Gewerkschaften hatten an Vielfalt gewonnen, und diese Vielfalt bezog sich auf Bedürfnisse der organisierten Arbeiter, reagierte auf sozialpolitische Versäumnisse des Staats, diente auch der Stabilisierung der innerorganisatorischen Verhältnisse. Das galt beispielsweise für das bald umfängliche Unterstützungswesen,¹⁰ mittels dessen - neben der sozialen Notwendigkeit- auch ein innerorganisatorisches Problem, das der hohen Mitgliederfluktuation, angegangen wurde.

⁹ Alle Zitate ebd. S. 107-111; Hervorhebung im Original.

¹⁰ Vgl. Klaus Schönhoven, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 20 (1980) S. 149-193; zum Folgenden ders.; Expansion und Konzentration; die neuere Literatur findet sich ferner im Anhang von Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften, sowie in den entsprechenden Passagen von Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

Mindestens so wichtig für die Entfaltung des gewerkschaftlichen Selbstbewußtseins war der Umstand, daß Gewerkschafter hier stärker, dort weniger weitgehend, aber der Tendenz nach durchgängig und in einem beachtlichen Ausmaß in die gestaltenden Einrichtungen von Staat und Gesellschaft hineingewachsen waren. Auch hier müssen Stichworte genügen: Seit 1890 hatten die Gewerkschaften auf lokaler Ebene, eng angeschlossen an die jeweiligen lokalen Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate aufgebaut. Wieder wurde darin sehr konkreten Arbeiterbedürfnissen nach Rechtsschutz und Vertretung zumal bei den immer komplizierter werdenden Fragen der gesetzlichen Sozialversicherung entsprochen, aber die Einrichtung spiegelte auch Weitsicht: Hier entstand Erfahrungswissen und Expertenwissen der Arbeitersekretäre, das den Gewerkschaften außerordentlich dienlich war;¹¹ noch mehr, viele große Städte, deren Leistungsverwaltungen dem bürgerlichen Honoratiorenstil in den Stadtführungen oft schon sehr fern standen, bedienten sich zunehmend solchen Expertenwissen und überhaupt der Zusammenarbeit mit den Arbeitersekretariaten, um drängende Probleme etwa im Wohnungsbau oder in der Stadthygiene anzugehen. Ähnlicher Einfluß ging von der Mitwirkung von Gewerkschaftern, vielfach Arbeitersekretären, in den Gewerbeberichten aus, wo konkrete Streitigkeiten aus Arbeitsverträgen zu verhandeln, zunehmend auch Lohn- und Arbeitszeitkonflikte zu schlichten waren.

Der Zahl nach in noch viel bedeutenderem Umfang rückten sachkundige, erfahrene und agile, meist jüngere Gewerkschafter in die Selbstverwaltungseinrichtungen der Sozialgesetzgebung ein, im Kranken- und Altersversicherungswesen. Um nur die Dimensionen zu bezeichnen: Ein Referent, E. Simanowski aus Berlin, schätzte auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902 allein die Anzahl der Vertreter in der Krankenkassen-Selbstverwaltung auf etwa 500 000 Personen; an sonstigen Delegierten ließen sich in den verschiedenen Instanzen der Sozialversicherung insgesamt 118 255 Personen errechnen. Das waren nun keineswegs nur Mitglieder der Freien Gewerkschaften (sie hatten 1902 rund 730 000 Mitglieder), aber hier hatte sich ein ungeheures Potential an sehr konkreter, sehr alltäglicher Zusammenarbeit entfaltet, das auch deshalb „kaum überschätzt werden [kann], weil in diesem Rahmen auf das engste mit Vertretern anderer Bevölkerungsschichten zusammengearbeitet wurde“.¹²

Auf diesen und manchen anderen Wegen hat gewerkschaftlicher Einfluß seit den späten 1890er Jahren vielfach in den Köpfen der anderen gepflegte klassengesellschaftliche Barrieren überwunden. Selbstbewußt konnte man gegen 1910 auf Erreichtes blicken, das sich eben nicht in Lohn- und Arbeitszeitstatistiken spiegelte, sondern mehr war: Mitgestaltung, Mitbestimmung,

11 Als Beispiel siehe etwa Ronald A. Münch, *Von Heidelberg nach Berlin: Friedrich Ebert 1871-1905*, München 1991, besonders S. 96 über Eberts Wirken als Arbeitersekretär in Bremen.

12 Gerhard A. Ritter, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*, München 1983, S. 51; vgl. Protokoll der Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart vom 16. bis 21. Juni 1902, Hamburg 1902, S. 146.

Aufstiegsschleuse für begabte Arbeiterfunktionäre, An- und Einpassung in „herrschende Verhältnisse“. Das galt auch in anderer, noch viel grundsätzlicherer Hinsicht:

Seit ihren Anfängen hatten sich die deutschen Gewerkschaften, die bekanntlich zwischen Vormärz und Reichsgründung auch im Arbeiterbildungsvereinswesen wurzelten, das - in seinen Ursprüngen bürgerliche - Prinzip der Vereinsorganisation zu eigen gemacht. Die etwa im angelsächsischen Sprachraum und zum Teil auch in der französischen Arbeiterbewegung recht stark verbreiteten Organisierung der Arbeiter auf der Ebene der Belegschaften sowie in meist weitreichender lokaler Autonomie, die vermutlich älter ist als die belegschaftsübergreifende Vereinsorganisation, flackerte allenfalls in den Auseinandersetzungen um den „Lokalismus“ zu Beginn der 1890er Jahre noch einmal kurz auf, galt jedoch seither als überwunden - zugunsten der gestuften lokal-regionalen und zentralen Verbändedemokratie.¹³ Das bedeutete, organisationsformal wie demokratiegeschichtlich, in erster Linie, daß versammlungs-, das heißt: tendenziell direktdemokratische Formen der Willensbildung, die in neuen sozialen Bewegungen meistens eine sehr bedeutende Rolle spielen, in den deutschen Gewerkschaften von den Anfängen her - und unterstützt durch die Folgen des Sozialistengesetzes - zurückgedrängt worden sind. Statt dessen bestimmte die Vereinsdemokratie, das repräsentative Prinzip also, wonach Vorstände und Delegierte ein zwar befristetes, aber sachlich nicht begrenztes Vertretungsmandat wahrnehmen und Vorstände wie Verbände sich hiernach von unten nach oben hierarchisch durchgliedern, ganz tiefgreifend die gewerkschaftliche Organisierung.

Das scheint auf den ersten Blick nicht viel zu sagen; wer jedoch Quellen aus der frühen Organisationsgeschichte „vor Ort“ kennt, weiß um die immer wieder aufbrechenden Konflikte um unterschiedliche Delegationsprinzipien. Nur vor diesem Hintergrund erklärt sich die anfänglich verbreitete Skepsis mindestens in einigen Zentralverbänden gegenüber Arbeiterausschüssen als Formen einer - möglicherweise gesetzlich fixierten, von den Unternehmen freilich bis zum Hilfsdienstgesetz von 1916 erbittert bekämpften - autonomen Willensbildung auf der Ebene der Belegschaften. Überdies führte der Streit um die Lokalisten zur Absonderung der letzteren in der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, die zunächst ein Splitterdasein führte, nach 1905 jedoch mancherorts an Einfluß gewann. Sie war von syndikalistischem Denken beherrscht. Im Ruhrgebiet erwuchs hieraus, mit einem Höhepunkt während eines von der Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes höchst unerwünschten Steiks im Jahre 1910, eine zeitweilig ernstzu-

¹³ Aufschlußreich hierzu Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1984, sowie in ganz anderer Weise: Rudolf Boch, Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870-1914, Göttingen 1985.

nehmende Opposition zur Verbändedemokratie.¹⁴ Unter den Arbeitern blieben direktdemokratische Formen der Willensbildung und Bevollmächtigung also durchaus virulent. Eine Verbindungsunion führt von diesen Verhaltensweisen und frühen Organisationsformen hin zur Rätebewegung der Revolutionszeit 1918/19.

Es gab mithin tief erliegende historische und strukturelle Gründe, die den Organisationspatriotismus deutscher Gewerkschafter in Frage zu stellen geeignet gewesen wären - wäre da nicht jener preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat gewesen, der die Arbeiterbewegung erst so recht zusammenschmiedete, der, kompromißlos wie er die Arbeiterbewegung bekämpfte, deren Organisationserfolge um so bedeutender erscheinen ließ. Lehrreich sind insofern die Folgen des Sozialistengesetzes. Es ist heute kaum noch verständlich, läßt sich aber aus einer ganzen Reihe von Arbeiterführer-Memorien nachvollziehen, daß und wie sehr gerade die Gewerkschaften die Kampfzeit im Verborgenen unter den Bedingungen der polizeilichen Verfolgung als ein Heroenzeitalter begriffen. Ihnen erschien der sehr rasche Aufstieg der Gewerkschaften nach dem Ende des Ausnahmerechts als langersehnter, vorhergesagter, bestätigender, außerordentlicher Erfolg.¹⁵ Über lange Zeit haben sich auch die Historiker ähnlich beeindruckt gezeigt.¹⁶ Bedenkt man, daß repräsentativdemokratische Delegation in der Regel die Legitimation der Funktionäre - im Gegensatz zu den fragilen Widerrufsmöglichkeiten direkter Delegation — gegenüber ihren Wählern, den Mitgliedern der Gewerkschaften, stärkt und behält dabei die Folgen des Sozialistengesetzes im Blick, dann wird man sagen dürfen, daß die besonderen Entwicklungen in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte die Fähigkeit von Gewerkschaftsführern zur Selbstkritik in dieser Phase nicht eben bestärkten. Gerade in den Gewerkschaften war mit dem Ende des Sozialistengesetzes eine ganz junge, sehr aktive, den Arbeiterinteressen eng verbundene Führergenerationen emporgekommen, die sich ganz von den Unterdrückungserfahrungen geprägt wußte und die im wesentlichen über drei Jahrzehnte, wenn nicht bis zum Untergang im nationalsozialistischen Terror 1933, die Geschicke der Freien Gewerkschaften bestimmte. Carl Legien, der langjährige Vorsitzende der Generalkommission, war einer dieser jungen Gewerkschaftsführer, und vielleicht gar der weitsichtigste und lernfähigste unter ihnen.

IV.

Wir haben bisher nach Gründen gesucht, die geeignet erscheinen zu verstehen, warum innerhalb der Gewerkschaften die Probleme, die sich im

14 Vgl. Hans-Alfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt/M. 1976, S. 38-71; Klaus Tenfelde, Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 199-223.

15 Als Beispiel: Wilhelm Bock, Im Dienst der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

16 Etwa im Tenor die Darstellung von Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter Führung Carl Legiens 1890-1920, Düsseldorf 1956.

Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges abzeichneten, nicht angemessen erkannt wurden. Schaut man auf diese Probleme - und weiß, zugegebenermaßen, um die weitere Geschichte -, dann sind schwierige Entwicklungen und Versäumnisse zu erkennen, von denen Kautsky noch die wenigsten benannte. Vermutlich waren die Gewerkschaften sogar in der Lohn- und Arbeitszeitpolitik dort, wo eine hohe Organisationsdichte bestand, vor allem für Facharbeiter noch verhältnismäßig erfolgreich. Die Probleme lagen auf anderen Gebieten:

1. Ganz oberflächlich besehen, hatte der Mitgliederbestand der Gewerkschaften auch nach der Jahrhundertwende noch beeindruckend zugenommen. Schaut man genauer hin und untersucht einzelne Branchen, dann zeigt sich zum Teil ein anderes Bild: Zum einen gelang es nicht, den Einfluß der konjunkturellen Entwicklung auf die Mitgliederfluktuation zu neutralisieren. Zum anderen läßt sich zeigen, daß sich die Zunahme des Mitgliederbestandes bedeutend verlangsamte und daß in einigen Kernbereichen die Mitgliederentwicklung stagnierte oder gar, berechnet man den Organisationsgrad, zeitweilig rückläufig war. Das traf, betrachtet man die Mitgliederzahlen differenziert nach Berufen, selbst für einen so mächtigen Verband wie den der Metallarbeiter zu. Der Organisationsgrad des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes erreichte im Ruhrgebiet 1908 mit 24 Prozent der Belegschaften einen Höhepunkt, aber dann war die Mitgliederzahl, unbeschadet des weiter starken Wachstums der Industrie, sogar rückläufig, so daß 1913 nur noch 15,6 Prozent der Bergleute erreicht wurden.¹⁷

2. In der richtungsgewerkschaftlichen Auseinandersetzung hatten die Freien Gewerkschaften zwar beinahe überall die Führung übernommen, aber es ist bekanntlich bis 1933 nicht gelungen, die Richtungsgewerkschaften zu verschönnen; vor 1914 hatten einige Verbände scharfen Wettbewerb zumal der christlichen Konkurrenz zu fürchten. Im Bergbau, wo es neben dem sozialdemokratischen und dem christlichen seit langem auch einen kleinen Hirsch-Dunckerschen Verband gab, gewann darüber hinaus ein polnischer Bergarbeiterverband seit der Jahrhundertwende rasch an Einfluß; nach etwa 1910 hatte nur dieser Verband noch ein Wachstum zu verzeichnen. Alle vier Verbände zusammen erreichten im Jahre 1905 von den 830 000 Bergarbeitern in Deutschland 24 Prozent, 1912 von 1100 000 Bergarbeitern jedoch nur 22,4 Prozent. Dafür nahm der Einfluß der „gelben“, wirtschaftsfriedlichen und unternehmerfinanzierten Werkvereine nach 1910 ganz erheblich zu. Diese Vereine brachten es 1913 in der Metallindustrie auf 14 Prozent, im Bergbau und Hüttenwesen gar auf 27,8 Prozent aller Organisierten; im Bergbau des Ruhrgebiets wurden Anfang 1914 fast 10 Prozent der Bergleute auf diese Weise „organisiert“.¹⁸

¹⁷ Vgl. Schönhoven, Expansion und Konzentration, S. 132, sowie Klaus Tenfelde, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890 bis 1918, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980, S. 38-61, besonders S. 53.

¹⁸ Nach Klaus Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973, S. 134 u. S. 202.

3. Seit der Jahrhundertwende, besonders seit dem Crimmitschauer Textilarbeiterstreik von 1903, entfaltete die Arbeitgeberseite eine zunehmend besser koordinierte Politik der Streikverhütung und Bekämpfung gewerkschaftlichen Einflusses. Von den 3 670 Anfang 1914 bestehenden Arbeitgeberverbänden waren nur 366 schon vor der Jahrhundertwende gegründet worden. Die Organisationsdichte dieser Verbände war, natürlich nicht zufällig, gerade dort besonders hoch, wo es starke Gewerkschaften gab. Im Bergbau machte der berüchtigte Zechenverband den Vorreiter; dieser versuchte, wie viele andere Arbeitgeberverbände, vor allem durch eigene Arbeitsnachweise Kontrolle über den Arbeitsmarkt zu gewinnen und dabei mißliebige Gewerkschafter mit „Schwarzen Listen“ zu diskriminieren. Gemessen an der Zahl der Arbeiter, die in von Arbeitgeberverbänden organisierten Betrieben beschäftigt waren, erreichten die Arbeitgeberverbände in der Montanindustrie und im Textilgewerbe Anfang 1914 beinahe die Hälfte aller Beschäftigten, die Gewerkschaften hingegen deutlich unter 20 Prozent.¹⁹

Das hatte bedeutende Folgen. Im Frühjahr 1910 wurden im Baugewerbe 190 000 Arbeiter ausgesperrt, was die Gewerkschaftskassen außerordentlich belastete und zu einem Schiedsspruch führte, der den Bauarbeiterverbänden für die Zukunft Wohlverhalten abverlangte. Überhaupt wurden Aussperrungen seit Erstarkung der Arbeitgebermacht sehr viel häufiger.²⁰ Die richtungsgewerkschaftlichen Kämpfe halfen den Arbeitgebern. Beim Ruhrbergarbeiterstreik von 1912 machte der christliche Verband nicht mit, und die Angelegenheit endete in einem Desaster. Generell war die Arbeitskempffrequenz seit dem Höhepunkt des Jahres 1905 rückläufig. Man interpretiert dies in der Regel im Zusammenhang der gleichzeitigen Zunahme der „kampflosen Bewegungen“, also solcher Arbeitskämpfe, die ohne Arbeitsniederlegung zumeist in tarifvertraglichen Regelungen endeten; eine solche „Rationalisierung“ des Arbeitskempffverhaltens gilt als Gewerkschaftserfolg.²¹ Das - die Gewerkschaftsexistenz sichernde — Ziel, Tarifvertragsregelungen so weitgehend wie möglich durchzusetzen, wurde jedoch nur in Ansätzen erreicht - und schon gar nicht in der Großindustrie, wo sich die Scharfmacher des Unternehmerlagers bis 1918 höchst erfolgreich solcher „Anmaßungen“ erweherten. In dieser Lage konnte Streikverzicht vor allem in den Augen einer jüngeren Arbeitergeneration auch einen Legitimationsverlust der Gewerkschaften mit sich bringen.

4. Zu den wichtigsten strukturellen Veränderungen im Gefüge der Beschäftigungen gehörte in den Jahren nach der Jahrhundertwende zum einen die

19 Vgl. Hans-Peter Uumann, Unternehmenschaft, Arbeitgeberverbände und Streikbewegung 1890-1914, in: Heinrich Volkmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskempfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 194-208.

20 Vgl. K. Schönhoven, in: Borsdorf (Hrsg.) Geschichte, S. 219 ff.

21 Vgl. die Zahlen im Anhang zu Tenfelde/Volkmann, Streik, S. 294 ff., sowie u. a. Heinrich Volkmann, Modernisierung des Arbeitskempfs? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864-1975, in: Hartmut Kaelble u. a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 110-170.

Ausdehnung der „Massenarbeit“, das heißt die Zunahme solcher Arbeitsplätze, in denen wenig oder keine Qualifikation erforderlich war, Arbeiterinnen und Arbeiter vielmehr angelernt wurden und in stark arbeitsteiligen Produktionsprozessen, etwa in der Herstellung von Elektromotoren, eingesetzt wurden. Mit wenigen Ausnahmen wie dem Fabrikarbeiterverband blieben die Gewerkschaften jedoch weitgehend auf die Facharbeiter als Rekrutierungspotential konzentriert. Das konnten auch Angelernte sein, aber wo diese in großen Zahlen beschäftigt waren, blieb gewerkschaftlicher Einfluß gering. Es gelang nicht, das Rekrutierungspotential strukturell auszuweiten; die bescheidenen Versuche, nichtdeutsche Arbeiter, vor allem Polen, zu erfassen, waren schon um die Jahrhundertwende weitgehend fehlgeschlagen, und die neue, immer wichtigere Gruppe der Angestellten entzog sich ebenfalls ganz überwiegend der freigewerkschaftlichen Organisation.

Es gelang auch nicht, dort Fuß zu fassen, wo niedere Angestelltenjobs jetzt massenhaft aufkamen: bei den großen Warenhäusern beispielsweise. Das hing auch mit der letztlich ziemlich kleinmütigen Haltung der Gewerkschaften in der Frauenfrage zusammen: Nach Ansätzen, die schon in den 1890er Jahren dem weitsichtigen Legien zu verdanken waren, und der Einrichtung eines Arbeiterinnen-Sekretariats unter der Leitung der energischen Ida Altmann machten sich aus Führungskreisen einzelner Verbände, darunter etwa dem der Metallarbeiter, Gegenkräfte bemerkbar, und im Jahre 1908 ging dann die Leitung der Arbeiterinnen-Agitation auf die viel zurückhaltendere Gertrud Hanna über. Zwar gab es Erfolge in der Organisierung der Arbeiterinnen, und viele Hemmnisse lagen in von den Gewerkschaften nicht zu vertretenden Umständen begründet (etwa der verbreiteten Auffassung von der Frauenarbeit als einer übergangsweisen Erwerbstätigkeit bis zur Eheschließung), aber es machten sich eben auch in den Gewerkschaften starke Widerstände gegen Frauenarbeit und Frauenemanzipation bemerkbar.²²

Ein gesondertes Problem war die Organisation jugendlicher Arbeiter. In vielen Verbänden verhielt man sich jedenfalls bis um 1910 ausgesprochen zurückhaltend gegenüber einer eigenständigen — und das hieß: gesondert organisierten - Jugendarbeit, obwohl unübersehbar seit den 1890er Jahren schon aus demographischen Gründen vermehrt Nachwuchs in das Erwerbsalter trat und obwohl seit der Jahrhundertwende bürgerliche und sozialdemokratische Jugendbewegungen erfolgreich waren. Nur zögernd beteiligten sich die Freien Gewerkschaften dann an der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“; eigene Jugendsektionen entstanden in einigen Verbänden seit 1908. Danach erst wirkte sich die Werbearbeit unter den Jugendlichen auch im Eintrittsalter aus. Viele Neueintretenden waren nun jünger als 20 Jahre.²³ Diese Neumitglieder dürften mit die ersten gewesen sein, die 1914 wegen der massenhaften Einberufungen die Gewerkschaften wieder ver-

22 Vgl. Gisela Losseff-Tülmanns, *Frauenemanzipation und Gewerkschaften*, Wuppertal 1978; zum Umfang und zur Entwicklung der Frauenarbeit Ritter/Tenfelde, *Arbeiter*, S. 205 ff.

23 Vgl. bes. Schönhoven, *Expansion und Konzentration*, S. 68-73.

ließen; zahllose Jugendliche wurden überdies vor 1914 überhaupt nicht erfaßt. Das sollte noch, mit der raschen Mitgliederzunahme seit 1917, Probleme bringen. Nur mühsam konnten sich die etablierten Verbandsführungen in den Revolutions- und Inflationsjahren 1918 bis 1923 der innerverbandlichen Opposition gerade einer jüngeren Generation von Mitgliedern erwehren, zu schweigen von der neuen Attraktivität und Radikalität der anarchosyndikalistischen Konkurrenzorganisationen in dieser Zeit.

5. Das alles waren zum Teil „hausgemachte“ Probleme, zum Teil hingen sie, wie die Erstarkung der Arbeitgeber, mit der zunehmenden globalen Rolle der Gewerkschaften zusammen. Außerhalb gewerkschaftlichen Einflusses verblieb die repressive Attitüde des Obrigkeitsstaats, immer wieder und an erster Stelle in Preußen und, abgestuft, in den nord- und mitteldeutschen Bundesstaaten. Zwar schien das Damoklesschwert der gesetzlichen Einschränkung gewerkschaftlicher Aktion seit dem Scheitern der berühmten Zucht-hausvorlage von 1899 beseitigt. Gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, ihren Führern und Redakteuren, erhielt sich aber die Parteilichkeit der Beamtenränge, der Polizeien und sonstigen Staatsorgane, und die hochkonservative Richterschaft blieb alten, bis zur Klassenjustiz reichenden Vorurteilen verhaftet.²⁴ Außer der fortwährenden Anprangerung von Unrecht und Benachteiligung, außer der Strategie der Demokratisierung über den Reichstag gab es dagegen kein wirksames Mittel, und beides ist von den Gewerkschaften nicht vernachlässigt worden. Mit aller Wortkraft empörten sie sich während des Münchner Gewerkschaftskongresses 1914 gegen die sich eher noch mehrenden Schikanen.²⁵ Ebendies, der obrigkeitliche Druck nebst anhaltender Verweigerung politischer Teilhabe und Vorenthaltung gesellschaftlicher Integration, schmiedete ja die „Säulen“ der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, anscheinend um so unauflöslicher zusammen. Dabei haben die Gewerkschaften, ich werde darauf noch zurückkommen, sehr wohl ihren Einfluß innerhalb der seit der Jahrhundertwende schier unaufhörlichen, die Einheit der Sozialdemokratie wiederholt gefährdenden Strategie-debatten der Partei als reformistische, den Revisionisten zuneigende Position deutlich gemacht.²⁶

Mit dem großen Erfolg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1912 formierte sich indessen die konservativ-bürgerliche Sammlung neu, und das schränkte auch die Erfolgchancen der Gewerkschaften aufs neue ein. Überdies provozierten interessierte Kreise eine Debatte über „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“²⁷, und das war eine Auseinandersetzung,

24 Maßgeblich hierzu: Klaus Saul, *Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschlands 1903-1914*, Düsseldorf 1974.

25 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu München am 29. und 30. Juni 1914, Berlin o. J., S. 309-354 (Referate und Debatten über die „Handhabung des Reichsvereinsgesetzes“ und über „Arbeitswilligenschutz und Unternehmer-Terrorismus“).

26 Siehe vor allem Dieter K. Buse, *Party Leadership and Mechanisms of Unity: The Crisis of German Social Democracy Reconsidered, 1910-1914*, in: *Journal of Modern History* 62 (1990) S. 477-502.

27 So der Titel eines Berlin 1912 erschienenen Buches von Ludwig Bernhard; vgl. Ritter/Tenfelde, *Arbeiter*, S. 712 f. sowie zum Arbeiterschutz ebd. S. 382 ff.

die nur den Zweck haben konnte zu vermeiden, daß die seit dem „Neuen Kurs“ zu Beginn der 1890er Jahre mit nur wenigen Ausnahmen stagnierende sozialpolitische Gesetzgebung etwa unter dem Druck der erstarkten Arbeiterbewegung wieder in Gang geriet. Gerade auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, einem Uranliegen der Gewerkschaften, tat sich viel zu wenig, wurden Versäumnisse immer eklatanter. Einen sozialpolitischen Fortschritt von allerdings sehr zweifelhafter Tragweite, die gesetzliche Ordnung der Altersversicherung für Angestellte, gab es — unter klarer Blickrichtung der Regierenden auf die Loyalität der Angestellten bei den bevorstehenden Reichtagswahlen — noch im Jahre 1911. Das zementierte, mit Fernwirkungen bis heute, die Fragmentierung von Arbeitern und Angestellten und erschwerte auf Dauer die Organisierung der letzteren durch die Gewerkschaften. Es war eine strategische Niederlage. Die Gewerkschaften standen an vielen Fronten unter Druck.

6. Im Vergleich mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit akzentuierten sich die innergewerkschaftlichen Debatten in anderer Weise, konzentrierten sich auf andere Themen. Durchgängig spürt man allerdings das etwa in der Massenstreikdebatte sehr erfolgreiche Bestreben der Gewerkschaftsführer, solche Debatten auf Sparflamme zu halten, sie möglichst zu vermeiden. Das galt letztlich auch für die sogenannte Masse-Führer-Debatte, die in den Gewerkschaften lange vor der von Robert Michels im Jahre 1911 sehr dezidiert am gewerkschaftlichen Beispiel verdeutlichten Kritik an der Bürokratisierung in den Massenorganisationen spürbar war.²⁸ Man ist versucht, darin einen sich anbahnenden Generationenkonflikt zu sehen; zugleich reflektierte mancher Unmut, manche wohlfeile „Bonzenkritik“ eine in Massenorganisationen mit gewisser Notwendigkeit eintretende Entfremdung zwischen Führern und Geführten, die durch die oben dargelegte Grundentscheidung der deutschen Gewerkschaftsbewegung gegen plebiszitäre Tendenzen und für die repräsentative Vereinsdemokratie „bürgerlichen“ Zuschnitts wohl eher gemehrt wurde. Man darf aber auch nicht übersehen, daß das Berufs- und Funktionsbild des Gewerkschaftsführers und Arbeiterfunktionärs für sich völlig neu war und daß die Massenorganisationen einer organisationstechnisch, auch rechtlich geschulten, gebildeten, angesichts der Widerstände in Staat und Gesellschaft opferwilligen Führungselite bedurften, wollten sie den wohlverstandenen Interessen der Arbeiterklasse dienen. „Die Geschichte der meisten Gewerkschaftsführer“ sei, sagte Martin Segitz auf dem Metallarbeiterkongreß 1901, „eine wahre Leidensgeschichte. Zum Haß der Unternehmer, zur Verfolgung des politischen Gegners gesellt sich häufig noch der Unverstand und die Geringschätzung in den eigenen Reihen. In den ungezogenen Vorwurf, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Groschen der Arbeiter mästen, wird vielfach stillvergnügt oder laut jubelnd seitens unverständiger Arbeiter eingestimmt. Ist es da ein Wunder, wenn so viele

²⁸ Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Aufl. herausgegeben von Werner Conze, Stuttgart 1970.

fähige und brauchbare Kräfte es vorziehen, als Vorarbeiter, Werkmeister oder Kontoristen der Unternehmer zu dienen, anstatt ihre Arbeitskraft der gewerkschaftlichen Organisation zu widmen?"²⁹

Die Gehälter der „Gewerkschaftsbeamten“ waren höher als die durchschnittlichen Arbeitereinkommen, aber sie waren nicht wirklich hoch. Ein Redakteur oder Arbeitersekretär mochte soviel verdienen wie ein Volksschullehrer oder besserer Bürodiener; selbst hauptberufliche Vorstände bezogen nur wenig mehr. Im Jahre 1893 betrug die personellen Verwaltungskosten 0,39 Mark je Mitglied, in den späten 1890er Jahren machten sie rund 0,30 Mark aus und sie stiegen seit 1909 auf rund 0,50 Mark; diese Zahlen sind nicht inflationsbereinigt. Man muß im Auge behalten, daß immer noch Klein- und Kleinstverbände mit kaum 2 000 Mitgliedern unter ehrenamtlicher Führung und Großverbände mit etlichen 100 000 Mitgliedern in derselben Bewegung zusammengezählt wurden.

Bürokratisierungskritik an den Gewerkschaften erscheint für die Zeit bis 1914 schlecht begründet, aber sie war zeitgenössisch probat. Das läßt vermuten, daß verdeckte und andersgeartete Motive und Ursachen darin mitschwangen. Es zeigt, daß ein Legitimationsbedürfnis sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der öffentlichen Kritik und vor allem innerhalb der umfassenderen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegenüber den am linken Flügel der Partei - bis, wie gezeigt, hin zu Kautsky - im Anschluß an die Russische Revolution 1905 vertretenen Massenaktionstheorien entstanden war.

V.

Im Jahrfünft vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs standen die Gewerkschaften schlechter da, als es die bloßen Mitgliederzahlen und der sich von daher aufdrängende Eindruck einer überaus erfolgreichen, recht geschlossenen Großorganisation vermuten lassen. Ihre Reformanstrengungen in Wirtschaft und Politik waren auf noch härteren Widerstand gestoßen und wurden, sieht man von der gewiß bedeutsamen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene ab, beinahe überall abgeblockt. Der herrschende Ton innerhalb der Arbeiterbewegung, für den Kautsky stand, drängte sie in die reformistische Ecke, zu der sie sich zwar zunehmend, aber dann auch wieder halbherzig bekannten. Entfremdungserfahrungen zwischen Mitgliedern und Führungen mehrten sich, so daß jede spontanere Streikaktion, für die die Verbandsführungen nicht die Verantwortung übernehmen wollten, gegen diese gekehrt und leichtsinnig als Verrat an Arbeiterinteressen interpretiert werden mochte. Vor großen Kampfaktionen, etwa einem Generalstreik zur Erzwingung eines demokratischeren Wahlrechts in Preußen, schreckten die Gewerkschaften zurück; den nach der Jahrhundertwende erkennbaren strukturellen

²⁹ Zit. n. Schönhoven, *Expansion und Konzentration*, S. 251 f. Es ist eines der Verdienste dieser Studie, die tatsächlichen Bürokratisierungstendenzen sorgfältig dargelegt zu haben: S. 221 ff.

Verschiebungen im Organisationspotential entsprachen sie nur zögernd durch eigene Initiativen zur Ausweitung der Rekrutierungsfelder. Übrigens blieben noch immer weite Bereiche der lohnabhängigen Erwerbstätigkeit unorganisiert. An der Überwindung der richtungsgewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, der ethnischen, generationellen, herkunfts- und qualifikationsbezogenen Fragmentierungen sowie an der Bewältigung des Frauenorganisationsproblems versuchte man sich nicht oder zu wenig. Kautskys Kritik goß Säure in eine noch ziemlich frische Wunde, die zum großen Teil auf ganz andere als die von Kautsky genannten Krankheitssymptome und Verletzungen zurückzuführen war und die wohl schon zu schwären begann.

Vielleicht hieße es, die historische Kritik zu überziehen, wollte man von bisher so stark gewordenen Gewerkschaftsführern jenes hohe Maß an interner Organisationskritik und jene Selbstverleugnung verlangen, die erforderlich gewesen wäre, um gegenüber den bisherigen, zweifellos großartigen, gerade auch im internationalen Vergleich beispiellosen Organisationserfolgen vornehmlich des „gewerkschaftlichen Jahrzehnts“ zwischen 1895 und 1905 Distanz zu gewinnen. Immerhin dürfte manchem gedämmert haben, daß die Gewerkschaften im Jahrfünft vor Kriegsausbruch in eine Sackgasse geraten waren. Auf dem erwähnten Münchner Kongreß 1914 wurde das gespürt: Auf dem Kongreß in Dresden 1911 sei man noch hoffnungsfroh gewesen, so faßte Legien in seiner Eröffnungsrede die Stimmung zusammen, aber diese Hoffnungen seien leider „enttäuscht worden. Eine neue wirtschaftliche Krise mit verheerenden Wirkungen brach herein, die die Kräfte der Gewerkschaften bis aufs äußerste anspannte. [...] Dazu kam dann eine ganz außergewöhnliche Hetze gegenüber unseren gewerkschaftlichen Organisationen“; Legien fühlte sich an die Situation zur Zeit des Frankfurter Kongresses 1899 erinnert, als den Verbänden der „Zuchthauskurs“ drohte. Und er scheute sich nicht, darin nun sogar an die Verhandlungen in Halberstadt 1892 erinnernd, auf die innere Zerreißprobe hinzuweisen, der die Gewerkschaften nunmehr ausgesetzt waren: „Die Spannung zwischen den einzelnen Verbänden ist [vor allem wegen der ‚Grenzstreitigkeiten‘, K. T.] größer als je zuvor.“ Und dennoch, Legien flocht weiter am Lorbeerkranz der Organisationserfolge: Wieder habe man in den letzten drei Jahren „ganz enorme Fortschritte gemacht“, zähle 2,556 statt der damals 2,276 Millionen Mitglieder, und selbst der erhebliche Verlust am Ende des Jahres 1913 sei beinahe schon wieder wettgemacht worden.³⁰ — Der Mitgliederzuwachs zwischen 1911 und 1914 betrug mithin rund 12 Prozent. Jeweils zwischen den Kongressen hatte man bisher von Halberstadt (1892) bis Berlin (1896) 53 Prozent, bis Frankfurt (1899) 76,3 Prozent, bis Stuttgart (1902) - eine Wirtschaftskrise war gerade überwunden - 26,3 Prozent, bis Köln (1905) 83,4 Prozent, bis Hamburg (1908) 36,2 Prozent und bis Dresden (1911) 26,6 Prozent an Zuwachs zu verzeichnen

³⁰ Zitate: Protokoll München, S. 140-142.

gehabt.³¹ Aus ganz anderen Gründen sollten die Freien Gewerkschaften dann zwischen dem Münchner Kongreß und dem Jahresende 1914 41,2 Prozent und im Jahr darauf noch einmal 33,8 Prozent ihrer Mitglieder verlieren.

So war, knapp zusammengefaßt, die Stimmung in den Verbänden während der letzten Junitage 1914 nicht gut. Aber noch sah niemand, was die nächsten Wochen bringen würden. Der Mord in Sarajewo fand am Tag nach dem Kongreßabschluß in München statt. Am 2. August 1914, inzwischen war Krieg, trat die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften in Berlin noch in der Erwartung zusammen, die Kriegsverhältnisse würden zur Auflösung und zum Verbot der Gewerkschaften führen. Ganz entgegen diesen Befürchtungen traf während der Konferenz sichere Nachricht insbesondere aus dem Reichsamt des Innern ein, wonach die Reichsleitung auf Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Lösung der schwierigen Probleme der Ernährungssicherung und Umstrukturierung zur Kriegswirtschaft setze. Das bahnte den Weg für das Abstimmungsverhalten der zahlreichen Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am folgenden Tag, und damit für die Haltung der Fraktion insgesamt bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Reichstag am 4. August.³² - Gewiß, es gab kaum einen anderen Weg als den der Zustimmung. Man darf aber unterstellen, daß in den Gewerkschaften die Entscheidung zugunsten der - unbeschadet aller politischen Fehlentwicklungen - durch den Krieg existenzbedrohten Nation auch in der Hoffnung gefaßt wurde, auf diese Weise lasse sich der Knoten durchhauen, der sich in den vorhergehenden Jahren aus zunehmender politischer Bedrängnis, stagnierender sozialer Entwicklung, Strukturschwächen und inneren Gegensätzen verknüpft hatte.

VI

Es hat zwei große Reformphasen in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte gegeben, in der Zeit gegen Ende und unmittelbar nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes etwa 1889 bis 1892 und in den Jahren nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur 1945. Beide Male gingen die Gewerkschaften mittels dieser Reformen außerordentlich gestärkt aus der Verbotszeit hervor, die jeweils ihre Existenz ausgelöscht oder doch, in den 1880er Jahren, bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt hatte. In der ersten Reformphase bewältigten sie das Problem der Zukunftstraditionen, der lokalistischen Zersplitterung und des Verhältnisses von Streik und Organisation, sie klärten ihre Rolle in der Arbeiterbewegung und fanden zu einer im internationalen Vergleich hochmodernen Form der zentralverbandlichen Organisation, die gleichwohl eine Fortentwicklung der Verbändestructur nicht ausschloß,

31 Errechnet nach: Gerd Hohorst u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, München 1975, S. 135; es werden jeweils die Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt, nicht zum Zeitpunkt der Kongresse, zugrundegelegt.

32 Zur Vorstandskonferenz siehe das Protokoll in Klaus Schönhoven (Bearb.), Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914-1919, Köln 1985, S. 74-85; zur Sozialdemokratie siehe: Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

vielmehr Wege zum Industrieverband offenließ.³³ Diese ließen sich - die Revolutionszeit seit 1918 führte nicht wirklich zu gewerkschaftsorganisatorischen Reformen - erst nach 1945, in der zweiten Reformphase, vollenden, in der außerdem das richtungsgewerkschaftliche Problem dauerhaft gelöst werden konnte, die Verwurzelung der dualen Organisation in Betrieben und demokratisch-hierarchischen Großverbänden erfolgreich wurde und sehr wichtige Ansätze einer alternativen Gewerkschaftsstrategie in der Mitbestimmungsforderung gefunden wurden.

Mit gewissem Sarkasmus darf man deswegen sagen, daß die deutschen Gewerkschaften das historische Glück zweier existenzvernichtender oder doch, im Falle des Sozialistengesetzes, die Existenz bis zur Unkenntlichkeit aufreibender Katastrophen erfuhren. Je zeittypische regressive Tendenzen (Lokalismus und direkte Aktion, Technik- und Rationalisierungsfeindschaft, Parteibindung, marktferne Arbeitnehmermonopole über den Zugang zur Arbeit und anderes mehr) konnten deshalb, immer den Umständen entsprechend, relativ früh und ohne Krisen überwunden werden. Die historischen Zeitspannen, in denen sich darüber hinaus Reformbedarf ansammelte, blieben zwischen den Katastrophen ziemlich kurz; das könnte sich indessen nunmehr geändert haben. Die britischen Gewerkschaften, die in wichtigen Traditionsbeständen aus der Zeit gegen Ende des 18. Jahrhunderts herrühren und, trotz gelegentlicher Anfeindungen von „new unionism“, viel von der bleiernen Schwere ihrer Institutionen bis in die jüngere Vergangenheit mitgeschleppt hatten, erlebten ihr Waterloo unter dem Thatcherismus.

Es gibt viele, hier nicht weiter zu diskutierende Gründe für die geringe Neigung zur Reform nach innen in notwendig bürokratisierten und zentralisierten Massenorganisationen wie den Gewerkschaften. Strukturelle Fehlentwicklungen lassen sich da leicht durch die kleinen Alltagserfolge kaschieren. Man könnte meinen, daß in den Gewerkschaften, in ihren Willensbildungen durch die Hierarchie der Instanzen, zu wenig Kapitalismus in dem Sinne herrscht, daß zuverlässige Bilanzen über Gewinn, Verlust und Betriebskosten auch in mittel- und langfristiger Sicht erstellt würden und nichtprofitable Unternehmungen vom Markt verschwinden. Vermutlich sind die nach gängiger Meinung eher „konservativen“ Gewerkschaften noch am ehesten zu organisatorischen Reformen geneigt. Es verdient deshalb größtes Interesse, welchen Weg die IG Chemie und die IG Bergbau und Energie in den nächsten Jahren nehmen werden und welche Folgen dies für das Gefüge der Industrieverbände im DGB und insbesondere für die strukturbedingten, permanenten Schwächeanfänge des Dachverbandes haben wird.

33 Die modernisierenden Folgen des Sozialistengesetzes für die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat Gerhard Beier betont: Kontinuität und Diskontinuität gewerkschaftlicher Organisation unter dem „Sozialistengesetz“, in: ders., Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen, Köln 1981, S. 240-257.